

**Zur Umsetzung geeigneter Rahmenbedingungen für eine nachhaltige
engagementfördernde Infrastruktur:
Überlegungen aus Sicht des Verbundes Freiwilligen-Zentren im Deutschen
Caritasverband**

Blick auf den Ist-Stand der Rahmenbedingungen der Infrastrukturen:

Will man heute einschätzen, wie angemessene personelle und finanzielle Rahmenbedingungen für eine nachhaltige engagementfördernde Infrastruktur aussehen sollen und wie sie umgesetzt werden könnten, tut man gut daran, den bisherigen Weg der Forderung nach besseren Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen, natürlich mit Blick auf die eigene Praxis. Dies ermöglicht Schlüsse, die in wirksame Handlungen umgesetzt werden sollen. Der Blick auf die Engagementlandschaft zeigt: Allein schon die vier organisierten spezifischen Engagementförderer (bagfa, Verbund Freiwilligen-Zentren im DCV, BAGSO und NAKOS) vertreten nach gemeinsamen Schätzungen ca. 500 bis 800 örtliche Einrichtungen der Engagementförderung: Agenturen und Zentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen. Allein schon diese Zahlen sind imposant.

Sie könnten zu der oberflächlichen Einschätzung verleiten, die vorhandene Engagementförderung sei angemessen, weil ihre flächenmäßige Verbreitung anderen Bundesorganisationen entspricht. Hier interessiert allerdings, wo wir bei der Umsetzung *nachhaltiger* engagementfördernder Infrastruktur stehen. Und zwar in Bezug auf ihre finanzielle und personelle Basis.

Schon in den 2000er Jahren hatten die sogenannten Vier (intern die sog. „Viererbande“) der Engagement fördernden Organisationen die Forderung nach besseren Rahmenbedingungen für ihre Engagement fördernden Einrichtungen erhoben.

Auf dem Hintergrund langjähriger eigener Erfahrungen und mit Rückendeckung des damals laufenden „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ (2009/2010) stellten sie in einer gemeinsamen Erklärung¹ fest, „dass

¹ Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS), Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG), Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband: Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig verankern und fördern, 2010.

Freiwilligenagenturen und -Zentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen zeitgemäße Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung sind“. Sie hätten sich als bedeutsame Vernetzungs- und Entwicklungsstrukturen der lokalen Förderung von freiwilligem Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe bewährt. Dies sei die Meinung der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (2002) gewesen und nun auch die übereinstimmende Einschätzung des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“. Die Vier empfehlen in ihrer Erklärung folgerichtig den nachhaltigen Auf- und Ausbau von Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung sowie vor allem eine öffentliche Sockelförderung für Engagementförderer, die für Einrichtungen vor Ort eine wirkliche Planungssicherheit geben würde. Genau dies ist die Voraussetzung dafür, Praxisfelder nachhaltig zu bearbeiten und nicht plötzlich vor dem Abbau oder gar Aus zu stehen.

Dass zu den Herausforderungen der Engagementpolitik geeignete Rahmenbedingungen für eine engagementfördernde Infrastruktur gehören, markiert das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in seinen engagementpolitischen Empfehlungen zur Bundestagswahl 2013. Damit nimmt es die begründeten Interessen seiner Mitglieder konsequent wieder auf. Das BBE stellt fest, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels die deutsche Gesellschaft einerseits vor neue Herausforderungen stellt, die eine intensivere Kooperation von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft notwendig machen. Sollen die Herausforderungen bewältigt werden, erfordere dies eine Stärkung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements.

Andererseits moniert das BBE zu Recht, die finanzielle und personelle Ausstattung von Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen sei häufig prekär, nachhaltige Ausstattung eher die Ausnahme. Speck, Backhaus-Maul u. a. hatten dies zuvor in einer Studie belegt².

Konsequent fordert das BBE vom Bundesgesetzgeber angemessene Rahmenbedingungen für alle föderalen Ebenen, um eine nachhaltige Entwicklung der Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen zu sichern. Nur mit einer verbesserten Finanzausstattung der Kommunen werde dies möglich sein. Darüber hinaus sollte das Kooperationsverbot des Bundes mit den Kommunen aufgehoben werden.

² Vgl. hier Speck, Karsten, Backhaus-Maul, Holger u. a.: Freiwilligenagenturen in Deutschland, Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation, Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2012.

Der Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE) fordert deshalb³ in „Drei Eckpunkte einer erfolgreichen Engagementpolitik 2013-2017“ vom Bund „Kernelemente strategischer Engagementförderung“ umzusetzen, darunter ein Nationales Engagementgesetz und einen darauf aufbauenden nationalen Aktionsplan. Sie müssten die Bedarfe einer nachhaltigen Infrastrukturförderung berücksichtigen. Dies gelte auch für die kommunale Ebene.

2011 beschrieb ein langjähriger Sprecher des Verbundes Freiwilligen-Zentren im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit die Forderung nach besserer Infrastrukturförderung für Engagement fördernde Einrichtungen als „Teil einer unendlichen Geschichte“⁴. Er warf die Frage auf, wie viele Foren, Diskussionsrunden, Arbeitskreise oder Kamingespräche es bisher dazu gab und was deren Wirkung war.

Was macht die Freiwilligen-Zentren heute aus? In welchen finanziellen und personellen Verhältnissen sind sie tätig?

Viele Freiwilligen-Zentren weisen sich in ihren Entwicklungs- /Dienstleistungs- und Begleitungsfunktionen als kompetente Mittler und Experten zwischen kommunaler, freier, verbandlicher und kirchlicher Engagementszenerie aus. Dies sichert ihnen Projektmittel und diverse Zuschüsse. Das Ergebnis einer Anfrage war, dass den Zentren zwischen 30 % und 50 % Eigenmittel ihrer Träger zufließen, als da sind: Orts- und Diözesancaritasverbände, Trägerverbände im Wohlfahrts-, Kirchen-, kommunalen Bereich und anderer freier Organisationen. Die wohlfahrtsverbandlichen und kirchlichen Träger der Freiwilligen-Zentren erbringen im Sinne der Subsidiarität auf's Ganze gesehen enorme Eigenleistungen, zum Teil seit vielen Jahren. Sie stellen damit unter Beweis, dass ihr Wille, die Zivil- bzw. Bürgergesellschaft engagiert mitzugestalten, kein Lippenbekenntnis ist.

Zur Praxis der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband

- Inhaltlich bedeutend sind in den Freiwilligen-Zentren die Engagementförderung in und mit Schulen mittels einer Reihe von Förderformaten wie Service learning, Change in, Freiwilliges Soziales Schuljahr, P-Seminaren etc.⁵

³ Koordinationsausschuss BBE 17.10.2013, Drei Eckpunkte einer erfolgreichen Engagementpolitik 2013-2017, Rechtlicher Rahmen und Förderplan.

⁴ Bushuven, Aloys, Freiwilligen-Zentren – Unverzichtbarer Teil einer Engagement fördernden Infrastruktur, in: Baldas, Eugen (Hrsg.), Freiwillig. Etwas bewegen! Lambertus-Verlag, Freiburg, 2012.

⁵ Vgl. Möller, Yvonne / Suda, Bernhard, in: Hartnuß, Birger, Hugenroth, Reinhild, Kegel, Thomas (Hrsg.), Schule der Bürgergesellschaft, Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts., 2013.

- Eine zunehmende Anzahl großer und qualitativ guter „Märkte des Engagements“ von Freiwilligen-Zentren zeigen viele Kooperationen mit Unternehmen.
- Das „matching“ von Engagement-Neigungen und Einsatzmöglichkeiten potentiell Engagierter und die Einsatzmöglichkeiten in Einrichtungen und Organisationen behält seine Bedeutung. Es erfordert eine große Fachkompetenz.
- Zum matching gehören die Organisationsberatung diverser sozialer Einrichtungen in der Gestaltung engagementfreundlicher Einsätze und Strukturen.
- Freiwilligen-Zentren bringen ihre Kompetenz neu in die Entwicklung von Engagement-Möglichkeiten im Sozialraum ein:

Personenkreise, die bisher weitgehend vom Engagement ausgeschlossen waren, z. B. psychisch Beeinträchtigte im Quartier, kommen durch kooperative Unterstützung von Freiwilligen-Zentrum und Caritas-Fachdienst zum Engagement in sozialen Einrichtungen des Quartiers.

Freiwilligen-Zentren entwickeln mit anderen Organisationen neue Möglichkeiten des Verbleibs alter Menschen in ihrem Quartier, auch bei einem steigenden Bedarf an freiwilligen Unterstützungsleistungen.

- Die überaus hohe Nachfrage nach dem Materialband „Freiwilligen-Zentren – Pfarrgemeinden“⁶ zeigt einen großen Bedarf kirchlicher Basis an Ideen, Beratungs- und Unterstützungsleistungen der Freiwilligen-Zentren beim Wandel des Ehrenamtes auf. Erfolgreiche Praxismodelle sind von großem Interesse, aber auch Grundsatzbeiträge zu kirchlichen Gemeinden und Freiwilligen-Zentren als unterschiedlichen Systemen. Oder ihre Funktion als Akteure in der Zivilgesellschaft. Das Praxisfeld „Pfarrei/Pastoraler Raum“ wird zunehmend zusammen gesehen mit den Praxisfeldern „Sozialraum“ und „Kommune“.
- Nicht weniger Aufmerksamkeit erreicht der Materialband zur Praxis der Unterstützung von Familien durch Freiwilligen-Zentren⁷. Den Rahmen bietet die Caritas-Jahreskampagne 2013 "Familie schaffen wir nur gemeinsam". Dokumentiert sind eine Fülle von Unterstützungsleistungen für Familien: Individuelle Begleitung in Patenschafts- und Mentoringprojekten,

⁶ Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband e.V. (Hrsg.), Freiwilligen-Zentren und Pfarrgemeinden - Wo Engagement und Glauben neue Räume gewinnen, Freiburg i. Br., 2014.

⁷ Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband (Hrsg.), Familie schaffen wir nur gemeinsam – Freiwilligen-Zentren engagiert für Familien, Freiburg i. Br., 2013.

Generationenprojekte „Alt und Jung gemeinsam“, Nachbarschaftshilfen, Projekte zur Überwindung von Isolation, Arbeit mit Kindern, Sozialpaten, „Columbus“, Ehrenamt in Kindertageseinrichtungen.

- Freiwilligen-Zentren als Anstoßgeber für Engagement im Ländlichen Raum: auch hier gibt es erste Aktivitäten. Ein Pionierfeld tut sich auf.

Zwischenfazit: Die Arbeit der Engagementförderer zeigt, dass sie tatsächlich inmitten zentraler Herausforderungen tätig sind und vielfältige Potentiale entwickeln.

Die Förderung des Ganzen setzt sich allerdings zusammen aus mehr oder weniger knappen Mitteln von Kommunen, Verbänden, Kirchen, Stiftungen, anderen Träger- und Förderorganisationen, die auf's Ganze gesehen keine oder zu wenig Planungssicherheit geben. An vielen Stellen wäre vom Stand der Engagementförderung her ein Mehr an Entwicklungs- Beratungs- und Vermittlungsleistungen möglich, mit dem man gesellschaftliche Herausforderungen besser angehen könnte.

Allein die personelle und finanzielle Ausstattung vieler Einrichtungen vor Ort verhindert die deutlich breiter anzulegende innovative Praxis.

Sehr schnell wird dann Projektförderung vorgeschlagen. Sie eröffnet Chancen für eine neue Praxis. Ein Allheilmittel für „wackelnde“ Strukturen ist sie aber nicht. Gibt es nach ihrem Ablauf keinen Anschluss, etwa durch eine Sockelförderung, bleibt die Nachhaltigkeit der Struktur auf der Strecke, die die Praxis unterstützt und trägt. Nachhaltige Förderung sieht anders aus!

Wie werden nun Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Engagement fördernde Infrastruktur geschaffen? Was ist zu tun?

- 1. Die Struktur folgt immer dem Inhalt: Fachlichkeit zuerst!** Vor einer strukturellen Verbesserung von Rahmenbedingungen steht die fachlich kompetente Arbeit der örtlichen Einrichtungen. Dabei dürfen die inhaltlichen Profile durchaus variieren, je nach den Bedarfen und personellen Möglichkeiten vor Ort.
- 2. Qualifizierung und Erwerb von Kompetenzen:** Die fachlich kompetente Arbeit kommt zustande durch eingebrachte und zu erwerbende Kompetenzen der in den Zentren tätigen freiwilligen und beruflichen Mitarbeiter/innen.
Qualifizierung, d. h. das Erwerben neuer Kompetenzen hat hohe Priorität.
- 3. Qualität Engagement fördernder Arbeit - gesellschaftliche Herausforderungen – Wettbewerb:** Nur wer der Öffentlichkeit gegenüber nachweist, dass seine Praxis der Bewältigung gesellschaftlicher

Herausforderungen dient und zugleich dem großen soziokulturellen Wandel Rechnung trägt, wird Aussicht auf eine Verbesserung seiner Rahmenbedingungen haben. Dabei hat der Wettbewerb des Sozial- und Gesundheitswesens mittlerweile auch bei der Realisierung der Zivil- oder Bürgergesellschaft Einzug gehalten. Das ist grundsätzlich keineswegs zu beklagen. Allerdings sollte Wettbewerb mehr zivilgesellschaftliche Ressourcen schaffen und nicht dazu führen, zivilgesellschaftliche Akteure zu schwächen oder gar zu eliminieren.

4. Ein neues Konzept der Lobbyarbeit für Rahmenbedingungen nachhaltiger Infrastrukturen entwickeln – Politik stärker beeinflussen

Das BBE hat im vergangenen Jahrzehnt - wie die Engagement fördernden Infrastrukturen auch - alles in allem sehr ambitionierte und fordernde Ziele erfolgreich umgesetzt. Es waren inhaltliche und strukturelle Notwendigkeiten in einer Breite und Tiefe zu bewältigen, die nur großen Pionier- und Umbruchzeiten eigen sind. Dies wurde mit begrenzten, lange Zeit zurückgehenden Fördermitteln bewältigt.

Der Wettbewerb um zu verteilende Mittel erfordert heutzutage eine verstärkte Professionalisierung der Lobbyarbeit gegenüber Politik und Ministerien. Die kann man nicht mit knappsten Ressourcen und durch Idealismus allein erreichen, bei aller Sachkunde. Kräfte zur Durchsetzung einer deutlich besseren, nachhaltigen Förderung der Engagementförderer müssen gebündelt, verstärkt und konzentriert werden. Es müsste möglich sein, mehr Durchschlagskraft zu erreichen, in Bündelung der Einflussmöglichkeiten von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Stiftungen und Unternehmen, unter dem Dach des BBE. Wer deutlich bessere Rahmenbedingungen wirklich will, muss nicht nur mehr organisatorische, sondern auch politische Durchschlagskraft entwickeln. Es scheint daher fortan stärker darum zu gehen, sich zentral in die Politik einzumischen, statt überall dabei zu sein.

Um sich in der Bundespolitik durchzusetzen, wird man weiterhin eng mit dem Unterausschuss des Bundestages und seinen Mitgliedern zusammenarbeiten. Ziel muss allerdings sein, mit dem Anliegen „Engagement, gesellschaftliche Herausforderungen, verbesserte Rahmenbedingungen für die Infrastrukturen“ aus der Nische in Kreise der Bundestagsfraktionen und die Spitze des BMFSFJ und anderer Ministerien zu kommen, an Schaltstellen. Und sich nicht in Insiderwelten abdrängen zu lassen. Gleich welche Bundesregierung aus Wahlen hervorgeht, ein professionalisiertes Lobbykonzept mit langfristiger Wirkung wird erst die notwendige Engagementpolitik hervorbringen, die ihren

Namen verdient. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Infrastrukturen wird auch erst dann eine Chance haben.

Dass die Regierung und das zuständige Ministerium bis jetzt keine konsistente Engagementpolitik praktizieren, haben führende Akteure und Kenner der Engagement-Community aus dem BBE treffend analysiert⁸. Wenn die Regierung hier keine angemessene Politik formulieren kann oder will, hat die „Zivilgesellschaft“ allemal das Recht auf eine wirksame eigene Initiative. Im subsidiären Sinne ist das ohnehin kein Fehler. Denn der Staat soll ein Instrument der Gesellschaft sein und nicht umgekehrt.

Im vorliegenden Anliegen geht es um nichts weniger als um die Herstellung des politischen Willens, der erst notwendige Änderungen bringt.

Was der entschlossene politische Wille bewirkt, zeigt das Beispiel des neuen Bundesfreiwilligendienstes deutlich: Als einzelne Akteure an der Spitze des BMFSFJ den politischen Willen zugunsten des Bundesfreiwilligendienstes „hergestellt“ hatten, dauerte es nicht lange, bis dieser Dienst mit ca. 300 Millionen Euro durch das BMFSFJ gefördert wurde. Im Unterschied zur Förderung all der anderen „allgemeinen“ Aktivitäten der Engagementförderung, für die Politik und Ministerium dann noch ca. 50 Millionen Euro übrig hatten.

Rudolf Devic ist Geschäftsführer des Verbundes Freiwilligen-Zentren Deutscher Caritasverband e.V. Die Freiwilligen-Zentren des Verbundes Freiwilligen-Zentren sind umfassend Engagement fördernd tätig. Aktuelle Schwerpunkte: Engagement und Schule, Engagement in Kooperation mit Unternehmen, Engagement in kommunalen, sozialräumlichen und pastoralräumlichen Kontexten.

Kontakt: Rudolf.Devic@caritas.de

⁸ Klein, Ansgar / Embacher, Serge, Der schwarz-rote Koalitionsvertrag aus engagementpolitischer Sicht, in: BBE-Newsletter 25 / 2013.